Herr Fabian Lenz	CDU	für RM Hachmann
Herr Josef Wilp	CDU	für RM Fühner

Gäste:

Herr Thomas Knur	Mitarbeiter EWG (zu TOP 9 – 12)
------------------	------------------------------------

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Frau Christine Karasch	Beigeordnete
Herr Jürgen Grimberg	Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke	Pressesprecherin
Herr Ron Erdmann	Schriftführer
Herr Raimund Gausmann	Fachbereichsleiter FB 2

Entschuldigt:

Herr Axel Linke	Beigeordneter
-----------------	---------------

Bürgermeisterin Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Frau Dr. Kordfelder auf die zugestellten Nachtragsvorlage Nr. 302/15 sowie auf die Tischvorlage Nr. 308/15 und schlägt vor, die Vorlagen als TOP 4 und TOP 5 zu behandeln. Nach Begründung der Dringlichkeit für die Erweiterung der Tagesordnung stimmen die Ausschussmitglieder diesem Vorschlag zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 08 über die öffentliche Sitzung am 02.06.2015

0:02:10

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 02.06.2015 gefassten Beschlüsse

0:02:30

Die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses sind ausgeführt worden.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Antrag der SPD-Fraktion „Querspange im Gewerbegebiet Rheine R“ vom 24.07.2015

0:03:15

Mit Antrag vom 24.07.2015 (diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt) beantragte die SPD-Fraktion, dass die Stadt Rheine Anträge stellen solle, damit die sog. „Querspange“ im Gewerbegebiet Rheine R evtl. durch die vom Bundesverkehrsministerium zusätzlich bereitgestellten Finanzmittel für den Straßenbau umgesetzt werden könne.

Anmerkung der Verwaltung

Die für das Land NRW vorgesehenen 128 Mio. Euro sind laut Projektliste des Bundes bereits für die in dieser Liste benannten Maßnahmen verplant. Für die Stadt Rheine sind hier keine Mittel vorgesehen.

Es geht bei dem Investitionspaket außerdem um Bundesstraßen. Die Querspange in Rheine R ist jedoch als Kreisstraße zu klassifizieren. Durch den Kreis Steinfurt sollen hierfür Fördermittel nach dem Entflechtungsgesetz (ehemals GVFG) eingeworben werden.

3.2. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Freigabe von Einbahnstraßen für den Fahrradverkehr“ aus der letzten Sitzung des Arbeitskreises Verkehr

0:04:20

Aufgrund eines Antrages der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen befasste sich der AK Verkehr mit der Thematik, Einbahnstraßen im Stadtgebiet auch in entgegengesetzter Fahrtrichtung für den Fahrradverkehr freizugeben. Ziele seien die Verbesserung der Fahrradfreundlichkeit und dadurch eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes.

Da aus Verkehrssicherheitsgründen nicht pauschal sämtliche Einbahnstraßen dem Radverkehr auf diese Weise geöffnet werden können, erfolgte zunächst eine Prüfung der Geeignetheit der einzelnen Straßen um danach kurzfristig die Freigabe durch Beschilderung zu erteilen. Folgende Straßen sind freigegeben worden:

- Alsenstraße (zwischen Hansaallee und Paulstraße)
- Düppelstraße (zwischen Lingener Straße und Hansaallee)
- Haydnstraße (zwischen Elter Straße und Hemelter Straße)
- Basilikastraße (zwischen Hemelter Straße und Elter Straße)
- Basilikastraße (zwischen Osnabrücker Straße und Bevergerner Straße)
- Münstermauer (zwischen Kolpingstraße und Münsterstraße)

- Kolpingstraße (zwischen Herrensreiberstraße und Münstermauer)

Eine Öffnung der Friedensstraße ist nach Abschluss der Ausbauarbeiten der TBR vorgesehen.

3.3. Anwendung des TV-N NW bei der Beauftragung der Verkehrsleistungen an die Firma Mersch

0:06:00

Der Rat der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 23. Juni 2015 in der o. g. Angelegenheit folgenden Beschluss mehrheitlich gefasst:

„Der Rat der Stadt Rheine verweist die 24 Eingaben nach § 24 GO NRW an die Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH mit der Bitte um Prüfung, ob eine inhaltliche Empfehlung des Aufsichtsrates der VSR an den Rat der Stadt Rheine erfolgt.

Wenn eine Empfehlung des Aufsichtsrates der VSR an den Rat erfolgt, gemäß § 23 Abs. 1 des Verkehrsdurchführungsvertrages zwischen der VSR und der Firma Mersch die Anwendung des TV-N NW bei der Beauftragung der Verkehrsleistungen zu verlangen, wird die Empfehlung erneut im Rat beraten.

Der Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine hat daraufhin in seiner Sitzung am 13. August 2015 die Angelegenheit beraten. Für eine Empfehlung an den Rat der Stadt Rheine, gemäß § 23 Abs. 1 des Verkehrsdurchführungsvertrages zwischen der VSR und der Firma Mersch den TV-N NW anzuwenden, gab es keine Mehrheit. Damit erübrigt sich eine erneute Beratung dieses Tagesordnungspunktes im Stadtrat.

Die Verwaltung wird die 24 Eingaben nach § 24 GO sowie die zwischenzeitlich noch eingegangenen weiteren 8 E-Mails der Busfahrer/innen in den nächsten Tagen entsprechend bescheiden.

3.4. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Mehr Verkehrssicherheit an Kindergärten und Grundschulen der Stadt Rheine vom 25.08.2015

0:07:50

Es wird beantragt individuell geeignete Maßnahmen zu ergreifen um Kindergärten und Grundschulen vor hohen Geschwindigkeiten und vermeidbarem Lärm zu schützen. Der Jugendhilfe- und Schulausschuss soll die durch die Verwaltung erarbeiteten Vorschläge bewerten und jeweils dem Bauausschuss priorisierte Empfehlungen für die Umsetzung geben (vgl. Anlage 2). Dabei sollen Vorschläge der Leiter von Kindertagesstätten und Grundschulen in die Erarbeitung einfließen.

Verfahrensvorschlag

Verweisung des Antrages zunächst zur Vorberatung an den AK-Verkehr

3.5. Antrag der Fraktion Alternative für Rheine „Freigabe weiterer Bereiche der Fußgängerzone für den Radverkehr“ vom 25.08.2015

0:08:40

Es wird beantragt, weitere Bereiche der Fußgängerzone in Rheine für den Radverkehr zu öffnen und nach Vorberatung in den zuständigen Ausschüssen dem Rat der Stadt Rheine eine entsprechende Vorlage schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen (vgl. Anlage 3). Darüber hinaus sollen im Innenstadtdgebiet zusätzliche Abstellplätze für Fahrräder geschaffen werden. Begründet wird der Antrag mit der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs durch eine höhere Attraktivität für Radfahrer, dem Image als Klimakommune und einer Bereicherung für Einzelhandel und Tourismus.

Verfahrensvorschlag

Verweisung zur Vorberatung an den AK-Verkehr

Herr Reiske bittet bei der Bearbeitung des Antrages um Miteinbeziehung des inhaltsgleichen Antrages der Fraktion B 90/ Die Grünen aus April 2009.

3.6. Unterbringung von Flüchtlingen in der Damloup-Kaserne

0:09:40

Frau Karasch berichtet, dass am 24. August 2015 eine gut besuchte Informationsveranstaltung der Bezirksregierung zur Flüchtlingsunterbringung in der Damloup-Kaserne stattgefunden habe. Themen seien die Organisationsstruktur bei der Flüchtlingsunterbringung gewesen, sowie die Beantwortung von Bürgerfragen, welche sich vor allem auf die zukünftigen Wohnverhältnisse der Flüchtlinge konzentrierten. Außerdem läge eine Vielzahl von Angeboten Freiwilliger vor, die Geld- und Sachspenden leisten wollten, wodurch die Willkommenskultur in Rheine deutlich werde.

**4. Unterbringung von Flüchtlingen - Festlegung Standort zweite mobile Wohneinheit
Vorlage: 302/15**

0:14:30

Beschluss:

Der Haupt und Finanzausschuss der Stadt Rheine beschließt die zweite mobile Wohneinheit für die Unterbringung von Flüchtlingen an der Jägerstraße zu errichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Unterbringung von Flüchtlingen
- Festlegung zusätzlicher Standorte für mobile Wohneinheiten
Vorlage: 308/15**

0:16:10

Herr Kaisal stellt den als Anlage 4 diesem Protokoll beigefügten Antrag der Fraktionen CDU und B90/ Die Grünen zur Tischvorlage 308/15 vor. Unter anderem fehle der Verwaltung ein einheitliches Konzept zur Flüchtlingsunterbringung.

Herr Ortel erkundigt sich, ob in dem im Antrag genannten Arbeitskreis Vertreter aller Fraktionen vorgesehen seien. Außerdem erkundigt er sich in Richtung Verwaltung, ob durch den Arbeitskreis eine Verlangsamung des Verwaltungshandelns zu befürchten sei.

Frau Dr. Kordfelder betont ausdrücklich, dass in der Verwaltung kaum noch personelle Ressourcen zur Stemmung des Arbeitsaufwandes zur Verfügung ständen und die bestehende Arbeitsbelastung grenzwertig sei.

Herr Ortel stellt die Frage, ob in dem Antrag die Erstellung eines neuen Unterbringungskonzeptes gefordert wäre, welches einen erheblichen Mehraufwand für die Verwaltung bedeute, oder ob lediglich eine Konkretisierung und Weiterentwicklung des bestehenden Konzeptes angestrebt sei.

Frau Dr. Kordfelder gibt zu bedenken, dass bei einer Verlagerung der Entscheidungskompetenzen bzgl. der Standortfindung hin zur Politik und weg von der Verwaltung Sondersitzungen und Dringlichkeitsbeschlüsse zu erwarten seien.

Frau Karasch erklärt, dass in jedem Fall eine Entscheidung über die Standorte für die mobilen Wohneinheiten zeitnah getroffen werden müsse, da sich mit Ausschreibungen und sonstigen Vorbereitungsmaßnahmen die Bezugsfertigkeit der Anlagen ohnehin schon verzögere.

Herr Reiske gibt an, dass eine Beteiligung aller Fraktionen im beantragten Arbeitskreis gewünscht sei.

Herr Roscher macht darauf aufmerksam, dass bei einer Übertragung der Entscheidungskompetenzen bzgl. der Standortbestimmung auf die Politik ein erheblicher Druck aus den Wahlkreisen auf die jeweiligen Politiker ausgewirkt werden könnte, mit dem Ziel, die Ansiedlung mobiler Wohneinheiten zu verhindern. Außerdem wiederholt er die mit dem beantragten Arbeitskreis einhergehenden Problematiken wie eine zusätzlich Belastung der Verwaltungsmitarbeiter sowie eine Verminderung der Flexibilität durch ein starres Gremium.

Frau Floyd-Wenke zeigt sich kritisch gegenüber den Ideen ein neues Unterbringungskonzept zu erarbeiten und einen Ratsbeschluss aus April 2015 mit einzubeziehen, da sich die Flüchtlingssituation zu schnell ändere, um eine derart „lange“ zurückliegende Entscheidung zu berücksichtigen. Außerdem seien Instrumente wie ein Arbeitsgremium und ein einheitliches Konzept zu starre Elemente für ein sich stetig wandelndes Flüchtlingsproblem.

Frau Overesch erklärt, dass bei dem Unterbringungskonzept verschiedenste Szenarien berücksichtigt werden sollten und es daher kein starres Instrument sei.

Außerdem solle kein neues Konzept geschaffen, sondern das bestehende lediglich erweitert werden.

Herr Kaisal ergänzt den Antrag dahingehend, dass der Arbeitskreis aus je einem Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen bestehen soll.

Herr Ortel macht einen Vorschlag, wie ein Passus aus dem Antrag abgeändert werden könnte. Er lautet: „Die Verwaltung wird beauftragt, das bestehende und beschlossene Konzept für die Unterbringung der Flüchtlinge fortzuentwickeln und zu konkretisieren.“

Die Antragssteller stimmen dem Vorschlag zu.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine beschließt:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, neben der Einrichtung einer mobilen Wohneinheit an der Jägerstraße drei weitere mobile Einheiten zu erwerben. Die Standorte werden vom HFA oder Rat festgelegt. Dabei sind sozialräumliche und infrastrukturelle Bindungen zu beachten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das bestehende und beschlossene Konzept für die Unterbringung der Flüchtlinge fortzuentwickeln und zu konkretisieren sowie einen politischen Arbeitskreis, bestehend aus je einem Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen, zum Thema Flüchtlingsunterbringung einzurichten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig in den zuständigen Gremien zu berichten.
4. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die notwendigen finanziellen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2016 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

0:38:40

Frau Dr. Kordfelder trägt die folgenden Eingaben vor:

1. Eingabe eines Bürgers der Stadt Rheine an den Rat vom 17. August 2015

Im Rahmen eines seit Jahrzehnten andauernden Rechtsstreites zwischen zwei Nachbarn und der Bauordnung der Stadt Rheine, der sich um die Beseitigung einer illegalen Bauanlage dreht, wird die Stadt Rheine zur Umsetzung einer vor zwei Jahren erlassenen Ordnungsver-

fügung aufgefordert. Der Eingabenersteller droht für den Fall der Nichterfüllung eine Untätigkeitsklage an.

Information der Verwaltung

Seit Jahren wird die Bauaufsicht von dem Eingabenersteller und den Eigentümern eines unmittelbar angrenzenden Nachbargrundstücks über angebliche oder tatsächliche illegale Baumaßnahmen auf dem jeweiligen Nachbargrundstück informiert und ein ordnungsbehördliches Einschreiten verlangt. Die in der Eingabe genannte – illegal errichtete - bauliche Anlage wurde bereits vor etlichen Monaten entfernt. Der Antragsteller ist jedoch der Auffassung, dass dieses noch nicht vollständig geschehen ist. Obwohl die Verwaltung seinem Rechtsanwalt bereits vor Monaten schriftlich erläutert hat, dass die illegale bauliche Anlage auf dem Nachbargrundstück in Gänze beseitigt worden ist, droht der Eingabenersteller (nicht sein Rechtsanwalt) jetzt mit einer Untätigkeitsklage, wenn die wenige Zentimeter hohe Metallaufkantung auf der Grenzwand zu seinem Grundstück nicht bis zum 01.09.2015 entfernt wird.

Verfahrensvorschlag

Verweisung an die Verwaltung zwecks Prüfung und schriftlicher Rückmeldung an den Eingabenersteller

2. Eingabe einer Bürgerin der Stadt Rheine an den Rat vom 17. August 2015

Der neu gegründete Verein „Rheine Flüchtlingshilfe e. V.“ bietet von Ehrenamtlichen geleitet Deutschkurse und sonstige Hilfestellung für Flüchtlinge an. In diesem Zusammenhang mangelt es dem Verein allerdings erheblich an Ressourcen. Es fehlen geeignete Unterrichtsräumlichkeiten und Materialien wie Beamer und Bücher, bezahlte Lehrkräfte und ein geräumiges Fahrzeug zum Personen- und Möbeltransport. Der Verein bittet die Stadtverwaltung und Politik um Hilfe bei der Beschaffung der o. g. Räumlichkeiten und Hilfsmittel.

Verfahrensvorschlag

Verweisung an den Sozialausschuss nach Vorberatung im Integrationsrat

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses folgen den Ausführungen der Bürgermeisterin und widersprechen den Verfahrensvorschlägen nicht.

7. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

7.1. Bürgermeisterwahl

0:42:30

Herr Frank Hemelt (Sacharowst. 3, 48429 Rheine) stellt die Frage, wann die beschlossenen Wahlvorschläge für die Bürgermeisterwahl amtlich bekanntgemacht werden.

Darüberhinaus erfragt Herr Hemelt, wann die öffentliche Einsicht in das Wählerverzeichnis gem. § 14 Kommunalwahlordnung möglich sei und wann diese Möglichkeit amtlich bekannt gemacht würde.

Frau Dr. Kordfelder gibt an, dass der Wahlleiter Herr Krümpel schriftlich auf diese Fragen antworten werde.

7.2. Tragfähigkeit der Turnhallendächer

0:44:50

Als letztes möchte Herr Hemelt eine Antwort auf die Frage, ob die Turnhallendächer der Stadt Rheine auf Ihre Tragfähigkeit überprüft wurden.

Frau Dr. Kordfelder gibt die Auskunft, dass diese Frage nur nach vorheriger Prüfung zu beantworten sei.

7.3. Anwendung des TV-N NW für die Stadtbusfahrer

0:46:20

Herr Reiner Schäl (Gewerkschaftssekretär der ver.di, Bezirk Münsterland) bittet um Antwort auf die Frage, warum der Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine keine Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt Rheine abgeben konnte.

Außerdem wird erfragt, warum keine inhaltliche Empfehlung an den Rat der Stadt Rheine abgegeben werden konnte, obwohl durch ein Gutachten alle rechtlichen Bedenken beseitigt worden seien.

Abschließend möchte Herr Schäl erfahren, weshalb das Thema der Tarifproblematiken der Busfahrer nicht auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung genommen werden könne, obwohl durch die Beseitigung der rechtlichen Bedenken eine neue Sachlage entstanden sei.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass der Rat der Stadt Rheine am 23. Juni 2015 beschlossen habe, sich der Tarifproblematiken der Stadtbusfahrer nur erneut anzunehmen, sofern der Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft dem Rat eine inhaltliche Empfehlung mache. Dies sei ausdrücklich nicht geschehen.

Es erfolgt eine dritte Wortmeldung eines Bürgers, der Fragen an die CDU-Fraktion stellt.

Frau Dr. Kordfelder stellt daraufhin klar, dass dies innerhalb einer Einwohnerfragestunde von der Geschäftsordnung für den Rat nicht vorgesehen sei. Die Fragen müssten also auf anderem Wege an die Fraktion gerichtet werden.

8. Anfragen und Anregungen

8.1. Einführung des Sozialtickets

0:51:20

Auf Wunsch von Herrn Weßling berichtet Frau Karasch über das Themengebiet „Sozialticket“. Hierüber sollte im Bauausschuss beraten werden, da angenommen wurde, das es sich hierbei um eine ÖPNV-Angelegenheit handele. Dies sei allerdings nicht der Fall. Die Einführung eines Sozialtickets sei eine Förderangelegenheit und damit Sache des Kreistages. Insofern sei keine Beschlussfassung mehr notwendig.

8.2. Unterbringung von Flüchtlingen in der Damloup-Kaserne

0:55:00

Frau Floyd-Wenke informiert die Verwaltung über Sachverhalte betreffend die Unterbringung von Flüchtlingen in der Damloup-Kaserne.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung:

17:57 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Ron Erdmann
Schriftführer